

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 26, Kleine Metzgerstraße 28. Tel.: 11
Berolina 5491. Geschäftszeit des Verlages von 12 bis 17 Uhr. Erscheint täglich außer Montags
Zaristische Sprachstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr. Tel.-Adresse: Postfach Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Velle-Milano-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postfach Berlin NW 278 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,- Mark einschließlich Postgebühren in Berlin und Orten mit eigener Postabteilung. — Bezugspreis 60 Pf. pro Woche, 1,80 Mark monatlich, 5,40 Mark vierteljährlich, 18,- Mark halbjährlich, 36,- Mark jährlich. — Ausland: Postzuschlag 25%. — Einzelhefte 1,- Mark. — Abbestellfrist: 14 Tage vor Ablauf des Monats. — Abbestellfrist: 14 Tage vor Ablauf des Monats. — Abbestellfrist: 14 Tage vor Ablauf des Monats.

Rebellion im Reichsbanner

**SPD-Parteivorstand für verschärften Bürgerblut-Kurs des Reichsbanners
Oppositionelle Reichsbannermitglieder in Halle ausgeschlossen, die „linke“ Zeitung
abgesetzt — Reichsbannerproleten, laßt euch nicht durch „linke“ Phrasen irre-
führen! — Heraus aus dem Reichsbanner, hinein in die rote Klassenfront!**

Vor Kurzem hatte der Ortsverein Halle des Reichsbanners, um die Rebellion der sozialdemokratischen Reichsbannerarbeiter demagogisch abzulenkeln, in einer Resolution vom Bundesvorstand Bericht auf die „überparteiliche“ Stellungnahme des Reichsbanners gefordert. Häufig und keine Seiten antworteten, indem sie den sozialdemokratischen Reichsbannerführer Stellung nach Halle schickten, damit er unter den rebellierenden Reichsbannermitgliedern anträme. In der gemeinsamen Versammlung des Ortsvereins Halle mit den SPD-Führern des Bundesverbandes gab der Abgeordnete, Häufig, zugleich im Namen des Sozialdemokratischen Parteivorstands bekannt:

„Bestrebungen, rein sozialistische Schutzorganisationen oder an die SPD. angelehnte (!) Einrichtungen ähnlicher Art zu bilden, lehnt der Parteivorstand mit aller Entschiedenheit ab.“

Als die „linken“ Reichsbannerführer aus Furcht vor den rebellierenden SPD-Arbeitern nicht bedingungslos den Häufig, Süßmann und Co. zustimmen wollten, legte der Bundesvorstand kurzerhand fast die gesamte halle'sche Reichsbannerleitung ab und setzte eine Anzahl Reichsbannermitglieder aus.

SPD-Arbeiter, seid ihr euch besser bewußt, was hier gespielt wird? Nicht die Absetzung einiger „linker“ Führer, die niemals ernsthaft gegen den Bundesvorstand und dessen arbeitserfreundliche Politik gekämpft haben, ist das, worauf es ankommt.

Diese „linken“ Führer verfluchten sich mit dem schäbsten alten Betrugsmaschine der „sozialdemokratischen Schutzwehr“ zu überren. Sie wollten ihre Rebellion auffangen und abbiegen vom Kampf gegen die Feinde des Proletariats, sie wollten einer Empörung durch sozialdemokratische Phrasen ein Ventil geben, damit der Häufig-Kurs der unbedingten Gefolgschaft des Bürgerblutes nur noch rüchsigeloser durchgeführt werden könnte.

Aber selbst diese Witzwörter sind für die Häufiger heute nicht mehr tragbar. Das Zentrum preist und die SPD. jährt, weil sie ihre Ministerstellen in Preußen nicht verlieren möchte. Sie will im Reich, in Sachsen ihre Koalitionsbereitschaft mit den Parteien der Bourgeoisie belunden.

Deshalb bemühen sie sich — wenn auch vergeblich, trotz Ausschüssen und Terror — der wachsenden Rebellion unter den Arbeitermitgliedern Herr zu werden. Der Rebellion, die täglich wächst, weil die sozialdemokratischen Proleten immer klarer den unendlichen Verrat ihres Führerlängels zu erkennen beginnen. Der Angriff der Häufig und Co. bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß das Reichsbanner auch weiterhin eine Schutztruppe der Bourgeoisie bleiben soll.

Das heißt, daß die sozialdemokratischen Reichsbannerproleten weiter in einer Organisation verbleiben sollen, deren Führung die Sozialdemokraten mit den Vertretern des Zentrums und der Demokraten teilen. Die Reichsbanner-Kollektiven sollen weiter im Dienste Brünnings, Schielens und des Putschisten Treuhandes gegen die Arbeiter losgelassen werden, die heute zum Kampf gegen Lohnraub, Massenentlassungen, Hungerlöhne, Mietschöngungen rufen.

Seit dem Regierungsantritt Brünnings haben die sozialdemokratischen Reichsbannerführer kaum eine Woche vergehen lassen, in der sie nicht den Parteien des Klassenstaates ihre unbedingte Treue zur „Demokratie“ und zur Weimarer Republik bezeugten, dieser Republik, die ja „demokratisch“ ist, doch weit über dreieinhalb Millionen Erwerbslose hungern, daß jeder Tag fast neue Steuern für den Darlehen bringt, während der Reich und Satten die Reste der Lebertreue gemordenen Steuern geschenkt werden.

Für jeden klassenbewußten Arbeiter kann es nur einen Ausweg aus Verrat, Heuchelei und Arbeitsgemeinschaft mit dem Feinde der Werktätigen geben: Jeder setze seinen Namen im Kampfe in der roten Klassenfront gegen die Brüning-Regierung, gegen den Angriff des Unternehmertums, gegen die sozialistischen Nordbarden, jeder an die Schanzen, aber auch gegen die sozialdemokratischen verzäuselnden Führer, die Zusammengehen mit allen Feinden des werktätigen Volkes „Demokratie“ und „Überparteilichkeit“ nennen!

Heraus aus dem Reichsbanner! Reicht euch ein in die proletarische rote Klassenfront!

Sturmfront Nordwest

Proletarische Offensive gegen Lohnraub

Von Ernst Reinhardt (Essen).
Der Generaldirektor Bögler vom Stahltrust gab auf dem Düsseldorf-Giltenhäutenstag die Parole heraus: „Preislenkung durch Lohnabbau“ — und wenige Tage später fällt der Zentrumsrichter Brahn, als getreues Vollzugsorgan der Trustkapitalisten, den Schandschiedspruch von Deynhäusen gegen die Nordwestarbeiter. Die Maschinen der kapitalistischen Zwangsbeschäftigung setzen sich offen in den Dienst der von allen Trustblättern ideologisch vorbereiteten großen Lohnabbauoffensive.

Der einschneidende Inhalt des Deynhäuser Schiedspruches für die 200 000 Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe besteht in der Befestigung der bisher im Manteltarif enthaltenen Affordisierung (Severing-Klausel), die nach der großen Nordwestausperrung in den Tarif gekommen war und beim damaligen Verrat an den kämpfenden Metallarbeitern wenigstens vorlieb, daß bestehende Affordisierungen nicht gestrichelt werden dürfen. Die Affordisierungsgrundlage — etwa 80 Prozent der Nordwestarbeiter arbeiten im Afford — ist 15 Prozent über dem Tariflohn.

Zur Laufe der Jahre war es in den einzelnen Werken gelungen, einen wirklichen Lohn bis zu 40 und 50 Prozent über den erbärmlichen Grundlohn zu erreichen. Mit einem Federstich soll jetzt all das, was sich die Nordwestarbeiter im Laufe der Jahre bei der schlimmsten Ausbeutung in den einzelnen Betrieben an überparteilicher Bezahlung erkämpft haben, ihnen geraubt werden und der gesamte Lohnanteil, der mehr als 15 Prozent über dem Tariflohn ist, abgebaut werden. Das bedeutet bei den Spitzenlöhnen einen Lohnabbau von 30 Pfennig und mehr pro Stunde.

Der Lohnraub an den Nordwestarbeitern wird von den Unternehmern durch eine „Lohnerhöhung“ von 1 und 2 Pfennig für die untersten Lohnstufen „verhüllt“, um die Arbeiter über den wahren Charakter dieses Schandgespruches zu täuschen und sie möglichst noch gegeneinander auszuspielen. Durchschnittlich soll bei der Verwirklichung dieses Schiedspruches eine Lohnreparatur von 10 Prozent, insgesamt von 50 Millionen Mark, für die Trustkapitalisten erreicht werden. Gleichzeitig soll die Hälfte der 54- und 57-Stundenarbeit in den Zentrabetrieben der Hütten aufrechterhalten bleiben.

Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen vor dem Schlichter eine Erklärung abgegeben, in der es höflich heißt:

„Wir sind uns des Opfers, das unsere Belegschaften in dieser Zeit wirtschaftlicher Not bringen, voll und ganz bewußt.“

Die gleichen Trustkapitalisten denken aber nicht im Traum daran, ihre Monopolprofite zu verkürzen. Sie wollen die durch die Preisstürze auf dem Weltmarkt notwendige Senkung der Monopolpreise, um konkurrenzfähig zu sein, durch den brutalen Lohn- und Gehaltsraub an ihren ausgebeuteten Arbeitern und unteren Angestellten verwirklichen. Sie wollen ihre Kapitalbildung aus den Knochen der Nordwestarbeiter vornehmen. Die Nordwestkapitalisten signalisieren dem gesamten deutschen Trustkapital und auch den Monopolkapitalisten der anderen Länder die Methode der Unrechtserhaltung der Monopolprofite bei gesenkten Preisen durch den schamlosesten Lohnraub.

Darum hat der Unternehmerangriff in der Nordwestgruppe die größte Bedeutung für das gesamte deutsche und internationale Proletariat. Schon verkündet die sozialistische „Kommunistische Zeitung“ in einem Leitartikel „Neuorientierung“:

„Man sollte in der Tat das in Deynhäusen gegebene Beispiel sehr auf seine Anbahnung für andere Industrieweige übertragen. — Reicht man der Staat wiederum das endgültige und zwingende Wort sprechen.“

Mit Hilfe der trustkapitalistischen Staatsgewalt, mit Hilfe ihrer arbeitserfreundlichen Zwangsbeschäftigung, soll der schamlose Lohnraub auf Lohnraub von der Nordwestgruppe auf alle Tarifbewegungen im Reich übertragen werden. Im Ruhrgebiet hat bereits die letzte Tagung der Spitzenorganisation des Bergbauers, der Bergbauische Verein, den klaren Kurs auf den Lohnabbau genommen, um „durch Senkung der Lohnsumme die Wettbewerbskraft wieder herzustellen.“

Die Bergbauern sind im verzweifeltsten Kampf um die durch den Youngplan-erzwungenen Märkte (Verlust des italienischen Marktes für Reparationslohn, Entbrennen von vier Millionen polnischer Kohle durch den deutsch-polnischen Handelsvertrag usw.), und sie wollen dabei für die Steigerung ihrer kapitalistischen Konkurrenzfähigkeit rüchsigelst die kumulierte Bluten lassen. Bei der engen Verflechtung von Bergbau und Stahlproduzenten im Ruhrgebiet steht die geschlossene Front der sozialistischen Arbeiter nicht nur gegen die nordwestlichen Metallarbeiter, sondern gleichzeitig auch gegen die mehr

Demonstrationen im Ruhrgebiet

Gegen Lohnraub an den 200 000 Metallarbeitern von Nordwest

Das Proletariat an der Ruhr bündelt sich gegen den geplanten Lohnraub auf. In Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen äußert die Ruhrarbeiterchaft ihre Bereitschaft, unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den brutalen Angriff der Unternehmer und Schlichter zurückzuweisen.

Es wird überall damit gerechnet, daß der ungeheuerliche Nordwest-Schiedspruch für verblüffend erklärt wird. Die Gewerkschaftsführer werden sich selbstverständlich willig dem Diktat des Schlichters fügen. Nur die Gewerkschaftsopposition organisiert den Kampf trotz Schiedspruch, trotz Verblüffungs-erklärung, trotz Unternehmerrücktritt, trotz des Verrats der Reformisten!

Essen, 30. Mai (Eig. Drahtbericht). In den Städten des Ruhrgebietes demonstrierten heute trotz der kurzen Vorbereitungszeit zehntausende Ruhrarbeiter gegen den Schandgespruch in Nordwest. So demonstrierten in Essen über 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen, in Kettlinghausen über 2000 und zu Tausenden in Bochum, Oberhausen, Gelsenkirchen, Duisburg und anderen Orten des Ruhrgebietes. Die Demonstration war ein Ausdruck der wachsenden revolutionären Einheitsfront unter Führung der Gewerkschaftsopposition und ein Ausdruck des Kampfbündnisses der Bergarbeiter, der Erwerbslosen und anderer Arbeiterkategorien mit den Metallarbeitern.

Essen, 30. Mai (Eigener Drahtbericht). Während gestern auf der zusammengesetzten Konferenz der Metall-Bürokratie der neueste sozialdemokratische Trick zur Verhinderung eines wirklichen Kampfes gegen den Lohnabbau verwendet wurde, sagte zu gleicher Zeit in Essen eine Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition des Ruhrgebietes, besetzt von

127 Delegierten, zu der aus jedem Betrieb nur ein Delegierter gewählt worden war.

Auf dieser Konferenz sprach Genosse Gesele zu den Tarifbewegungen, von der Lohnabbauoffensive des Trustkapitals und der Verhinderung des J. N. G. Langewieses im Geheiß der großen Wirtschaftsbewegungen. Auch der Führer der kommunistischen Partei des Ruhrgebietes, Genosse Floß, ergriff das Wort und zeigte die wichtigen Aufgaben für die gegenwärtige Situation auf.

Die Konferenz beschloß einstimmig einen Aufruf zum Nordwestkampf, der mit folgendem Appell endet:

„Macht vorbereitende Kampfausschüsse in allen Betrieben!“

„Beschreitet unter selbstgewählter Führung den einzig richtigen Weg des Massenstreiks!“

„Stellt durch die vorbereitenden Kampfausschüsse die Verbindung von Betrieb zu Betrieb her, zu den Jugendlichen, zu den Erwerbslosen, zu den Frauen und zu den Arbeitern der anderen Industriezweige!“

„Mit aller Kraft und Kühnheit sofort fern zu die Organisierung der breiten Streikfront im Nordwest!“

SPD-Landarbeiter kommen zur SPD.

In Godolien (Ostpreußen) fand eine von 100 Landarbeitern besetzte Kundgebung statt, an die sich eine Demonstration mit 300 Landarbeitern angeschlossen. Nach einem Referat des Genossen Rothgänger vollzogen acht Landarbeiter ihren Beitritt zur kommunistischen Partei, darunter befanden sich fünf bisherige Mitglieder der SPD. Die SPD-Ortsgruppe, die bisher elf Mitglieder zählte, wurde halbiert. Die Genossen stellen sich das Ziel, die sozialdemokratische Ortsgruppe durch Überführung aller Landarbeiter in die KPD vollständig aufzulösen.